

Interview mit Thomas Daum

«Der Stimmungswandel bei der Zuwanderung ist ernst zu nehmen»

Die Debatten über die Zuwanderung und ihre Folgen werden hitziger. Die Personenfreizügigkeit kommt unter Druck. Was bedeutet das für die Wirtschaft und die Arbeitgeber? Und wie reagieren sie auf Kritik und vorhandene Ängste? Antworten von Thomas Daum, dem Direktor des Schweizerischen Arbeitgeberverbands. **Interview: René Pfister**

Herr Daum, es gibt Anzeichen, dass die Akzeptanz der Zuwanderung und der Personenfreizügigkeit in der Schweizer Bevölkerung sinkt. Das zeigen auch Umfragen und Berichte in den Medien. Können Sie das nachvollziehen – und was heisst das für Sie?

Thomas Daum: Für mich selbst kann ich das nicht nachvollziehen, aber es gibt dafür einige Erklärungen. Dazu gehören sicher die bekannt gewordenen Fälle von krassem Lohndumping, die zwar relativ zur Gesamtbeschäftigung nicht stark ins Gewicht fallen, in den Medien und in der Öffentlichkeit aber zu Recht für Empörung sorgen. Grundlegender scheint mir aber die Tatsache, dass mit der «neuen» Zuwanderung seit Einführung der Personenfreizügigkeit auch gut ausgebildete Arbeitskräfte in die Schweiz kommen, die eine gewisse – wie ich meine gesunde – Konkurrenz zu den qualifizierten einheimischen Beschäftigten darstellen. Das ist für die Betroffenen neu und führt bei ihnen teilweise zu Status-Ängsten, obwohl die Zuwanderung auch in diesem Arbeitsmarktsegment kaum Verdrängungseffekte zeigt. Sicher gerät die Zuwanderung auch wegen der Engpässe auf dem Wohnungsmarkt und im Infrastrukturbereich unter Druck, auch wenn diese zum grösseren Teil «hausgemacht» sind.

Haben Sie keine Bedenken, dass die Stimmung kippen könnte und die Chancen für Initiativen zur Beschränkung der Zuwanderung – von der SVP und von Ecopop – steigen?

Der Stimmungswandel ist ernst zu nehmen. Die Initiativen greifen das bestehende Unbehagen in der Bevölkerung auf und suggerieren einfache Lösungs-



Bild: Keystone/Lukas Lehmann

Plädiert für raumplanerische, baurechtliche und verkehrspolitische Massnahmen, um die Folgen der Zuwanderung abzufedern: Thomas Daum.

möglichkeiten, ohne näher auf deren effektive Umsetzbarkeit und vor allem auf ihren wirtschaftlichen «Preis» einzugehen. Dieser Preis wird hoch sein, denn beide Initiativen verlangen eine Neuverhandlung des Freizügigkeitsabkommens mit der EU, die realistisch gesehen nicht zum Ziel, sondern zur Kündigung dieses Abkommens führen wird. Wegen der «Guillotine-Klausel» stehen dann die gesamten Bilateralen Verträge I und der diskriminierungsfreie Zugang zum EU-Binnenmarkt auf dem Spiel.

Wo muss die Wirtschaft ansetzen, damit die Personenfreizügigkeit wieder eine breitere Zustimmung findet?

Wir müssen auf die Kritik an den Begleiterscheinungen eingehen und aufzeigen, dass die Personenfreizügigkeit

der Schweiz insgesamt viel mehr Vorteile als Probleme bringt. Aufgrund der nunmehr acht Berichte über die Auswirkungen der Personenfreizügigkeit und die flankierenden Massnahmen können wir feststellen, dass die Personenfreizügigkeit – entgegen den gegnerischen Behauptungen – weder zu Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt noch zur Einwanderung in unsere Sozialwerke geführt hat. Wir profitieren vielmehr von der strukturellen Verbesserung des Arbeitskräfteangebots und von höheren Beitragsleistungen an die AHV.

Überdies haben die Zuwanderer zusätzliche Nachfrage in die Binnenwirtschaft getragen und so das Wachstum der gesamten Volkswirtschaft gestützt. Diese positiven Auswirkungen sind den problematischen Begleiterscheinungen

der Zuwanderung gegenüberzustellen, die wir nicht leugnen, aber sachlich aufarbeiten wollen.

Die Wirtschaftsverbände plädieren für «konstruktive und nachhaltige Lösungen», um problematische Begleiterscheinungen bei den Infrastrukturen – wie Verkehr und Wohnraum – abzufedern. Das tönt gut, aber was heisst das konkret?

Es geht zunächst darum, die Probleme in den genannten Bereichen zu analysieren und dabei klar zu machen, dass sie grundsätzlich auch ohne Personenfreizügigkeit bestünden. Sie werden durch die verstärkte Zuwanderung lediglich akzentuiert. Im Rückblick stellen wir fest, dass die Schweiz nach dem Stillstand der 1990er-Jahre in verschiedenen Belangen auf die ab 2004 eingetretene wirtschaftliche Dynamik nicht genügend vorbereitet war. Hier besteht Nachholbedarf, der nun zügig aufgearbeitet werden muss.

«Ich wünsche mir, dass die Bevölkerung die Fakten nicht aus den Augen verliert.»

Was für Massnahmen können rasch angegangen werden – und in welchen Bereichen?

Im Vordergrund stehen raumplanerische und baurechtliche sowie verkehrspolitische Massnahmen. Unsere Zonenordnungen sind noch vielerorts von den Ideen der 1980er-Jahre geprägt. Unter dem Eindruck zahlreicher früherer Bausünden hat man Angst vor höheren Ausnutzungen. Die Bauentwicklung erfolgte zu wenig in den bestehenden Kernen sowie aus den Kernen heraus und es entstand eine in isolierte Quartiere zerfallende Siedlungsstruktur. Demgegenüber brauchen wir den Mut zur differenzierten baulichen Verdichtung bis hin zu mehr Hochhäusern in den Städten und eine organische Siedlungsentwicklung, die eng mit der Entwicklung der Verkehrsinfrastrukturen verknüpft ist. Selbstverständlich ist auch

das öffentliche Baurecht auf diese Zielsetzung auszurichten. Darüber hinaus muss es aber auch vereinfacht und formell schweizweit harmonisiert werden, denn der heutige Vorschriften-Dschungel treibt die Baukosten in die Höhe. Aufgabe der Verkehrspolitik ist es schliesslich, die Mobilitätskapazitäten in enger Abstimmung mit der Raumordnung dort bereitzustellen, wo sie am meisten gebraucht und von den Nutzern auch bezahlt werden.

Es geistert auch das Schlagwort vom «Dichtestress» herum, nach dem Motto «Es wird eng im Land». Können Sie das nachvollziehen?

Ja und nein. Natürlich sind die Siedlungsgürtel um Zürich, am Genfersee oder in der Regio Basiliensis stark gewachsen, sind die Züge auf den Hauptachsen voll und steigen die Stautunden auf den Nationalstrassen Jahr für Jahr. Gleichzeitig drängen aber viele Menschen in diese Agglomerationen. Das urbane Leben ist «hip» und die Mobilitätsbedürfnisse nehmen massiv zu. Der Dichtestress ist zu einem erheblichen Teil selbst gewählt, das heisst, wer wirklich will und auf gewisse zeitgeistige Verhaltensweisen verzichtet, kann ihn erheblich reduzieren.

Zum Wachstum: Eine Studie der KOF bilanziert, dass die substantielle Immigration aus dem EU-/Efta-Raum zwar das Wachstum stimuliert. Die Auswirkungen auf das BIP pro Kopf und das Durchschnittseinkommen seien aber eher gering und würden auch künftig nicht substantiell sein. Anders gesagt: Es wird zwar Wachstum importiert, aber dem Einzelnen bringt das wenig. Was sagen Sie dazu?

Die KOF-Studie wird häufig nur in ihren relativierenden Passagen zitiert. Wichtig ist vorab der Befund, dass sich das BIP pro Kopf mit einem jährlichen Wachstum von 1 Prozent zwischen 2002 und 2010 in der Schweiz besser entwickelte als im OECD-Durchschnitt. Und das für die Wohlstandsentwicklung in einem Land entscheidende Brutto-Inlandeskommen erhöhte sich gemäss der Studie sogar jährlich um 2,1 Prozent! Das sind Werte, von denen wir in den 1990er-Jahren noch träumten. Und wenn die

KOF einerseits von einem kleinen Effekt der Personenfreizügigkeit auf das Wachstum des BIP/Kopf und der Arbeitsproduktivität spricht, erwartet sie andererseits in Zukunft doch positive Wachstumsimpulse von der qualitativen Verbesserung des Arbeitskräfteangebots.

«Die Personenfreizügigkeit bringt der Schweiz viel mehr Vorteile als Probleme.»

Von Gegnern der Zuwanderung wird kritisiert, die Wirtschaftsverbände würden die Probleme der Zuwanderung herunterspielen und einfach ihr Mantra vom gestärkten Arbeitsmarkt und der Notwendigkeit für die Wirtschaft herunterbeten.

Mit der Stagnation der 1990er-Jahre in den Köpfen und nach dem Einbruch von 2008/2009 konzentrierten wir uns vielleicht etwas zu stark auf die Wachstumsfrage und auf die Verteidigung der Personenfreizügigkeit gegen die ständigen Angriffe aus dem rechtskonservativen Lager. Damit gerieten die Begleiterscheinungen der Zuwanderung etwas in den Hintergrund. Wir haben das korrigiert und zusammen mit Economiesuisse und dem Gewerbeverband das Projekt «Wirtschaft für eine konstruktive Zuwanderungspolitik» lanciert, in dem alle Aspekte der Zuwanderung angesprochen werden sollen.

Zum Schluss: Wohin steuert die Zuwanderungsdebatte? Und was wünschen Sie sich mit Blick auf dieses «heisse» Thema?

Die Debatte wird von den Gegnern emotional geführt werden. Ich wünsche mir, dass die Bevölkerung dennoch die Fakten nicht aus den Augen verliert und im künftigen Wachstum der Schweiz den wahren Kern der Auseinandersetzung erkennt. Die Mehrheit wird sich dann für ein besseres «Wachstums-Management» und nicht für den Wachstums-Verzicht aussprechen. ■